

10 Thesen zur Globalisierung

Christian Felber

1. **Globalisierung ist ein politisches Projekt.** Globalisierung ist kein „natürlicher“, „schwerkraftgleicher“ Prozess, sondern ein zielgerichtetes politisches Projekt. „Die Politik“ hat nichts verabsäumt oder verschlafen, sondern mit klarem Verstand globale Märkte hergestellt und völkerrechtliche Regeln geschaffen: „Freihandel“, freier Kapitalverkehr, globaler Schutz von Auslandsinvestitionen und geistigem Eigentum fallen nicht vom Himmel, sie müssen politisch hergestellt werden. Die Welthandelsorganisation WTO beruht auf 28 Teilverträgen. 2500 staatliche Abkommen sichern Konzerneigentum im Ausland. Das Weltbank-Gericht ICSID behandelt Schadenersatzklagen von transnationalen Unternehmen gegen Staaten. Der freie Kapitalverkehr wird durch die EU-Verträge bis in die letzte Steueroase garantiert. Die „ökonomische“ Globalisierung beruht auf einer soliden völkerrechtlichen Grundlage. Wenn Martin Bartenstein scheinbar naturwissenschaftlich analysiert: „Die Globalisierung aufhalten zu wollen ist so, als ob man die Erde daran hindern wollte, sich zu drehen“, entzieht er ein politisches Projekt der demokratischen Diskussion.
2. **Die Regeln kommen auf undemokratische Weise zustande.** Nationalstaatliche Regierungen gießen bei der Errichtung globaler Regeln vorrangig Konzerninteressen in gültiges Recht. Die Lobbies der „Global Players“ (International Chamber of Commerce, Intellectual Property Committee, European Round Table of Industrialists, International Employers Organization, ...) haben viele der heute völkerrechtswirksamen Abkommen „vorbereitet“. Zum Beispiel das Abkommen der Welthandelsorganisation WTO über den Schutz geistiger Eigentumsrechte TRIPS, ihr Dienstleistungsabkommen GATS oder das Agrarabkommen AoA. Die globale Handelsstrategie der EU „Global Europe“ geht ebenso auf den Lobbyismus der Global Players zurück wie das Lissabonziel der EU, zum „wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt“ zu werden oder ihr CSR-Verständnis, dass soziale Verantwortung von Unternehmen freiwillig und unverbindlich zu sein habe. Für diese Politikziele hat sich keine BürgerInneninitiative der Welt eingesetzt.
3. **Rechte und Pflichten sind ungleich verteilt.** Die mächtigsten Akteure auf dem Welparkett erfreuen sich der größten Freiheiten: Die Regierungen haben den „Global Players“ ein weltweites „Spielfeld“ geebnet, auf dem sie frei investieren, produzieren, handeln und Kapital verschieben können. Gleichzeitig unternehmen dieselben Regierungen nichts, den Weltmarkt mit eben jenen Regulierungen zu versehen, die den westlichen Kapitalismus in den Nachkriegsjahrzehnten einigermaßen erfolgreich im Interesse der Allgemeinheit gezähmt (= „mit Attributen versehen“) haben: Es gibt keine einklagbaren globalen Arbeitsrechte, keine globalen Umweltstandards und keine globale Steuerbehörde; keine globalen Mindestlöhne, keine Weltsozialversicherung, kein globale Fusionskontrolle, keine Finanzmarktaufsicht, kein Arbeitsinspektorat und keine globalen Gerichte, bei denen die Global Players auf die Einhaltung ihrer Pflichten geklagt werden könnten. Sie haben auf globaler Ebene gar keine Pflichten, nur Rechte. Diese nehmen sie oft und gerne in Anspruch: Die Klagen von Konzernen gegen Staaten vor dem ICSID-Gericht haben sich in den letzten zehn Jahren verfünffach. Aktuell klagen Siemens gegen Argentinien, ExxonMobile gegen Venezuela, Telekom Italia gegen Bolivien und Fraport gegen die Philippinen (alle wegen angeblicher Vertragsverletzungen). Umgekehrt können Menschen, ArbeitnehmerInnen, AnrainerInnen oder KonsumentInnen die Global Players bei keiner

globalen Instanz auf die Verletzung ihrer Rechte verklagen. 93% der Konzern-Klagen richten sich gegen Entwicklungsländer, nur 1,8% gegen die G8-Staaten.

4. **Einbahnprojekt.** Globalisierung ist kein auf Gegenseitigkeit beruhender nachbarschaftlicher Vernetzungsvorgang „im Geist der Brüderlichkeit“, sondern eine Folge des Expansionsdrangs des westlichen Kapitals, dessen Vermehrungsmöglichkeiten in der „alten Welt“ schrumpfen. Die Industrieländer und die dort ansässigen Konzerne kontrollieren zwei Drittel aller Auslandsinvestitionen, vier Fünftel des Welthandels und 97% der globalen Patente. In den USA und der EU-15 (mit Schweiz und Norwegen) hatten vor zehn Jahren 322 der 500 größten Konzerne ihren Sitz, ihr Anteil am globalen Umsatz betrug 59%. 2005 waren es bereits 347 von 500 Weltunternehmen mit 76% des Umsatzes. Geht es einmal in die Gegenrichtung, schaltet das Abendland postwendend auf Protektionismus. Als der indische Stahlkonzern Mittal den europäischen Konkurrenten Arcelor kaufte, stand Luxemburg am Rand einer Staatskrise. Als die China National Overseas Oil Company die US-Ölfirma UNOCAL kaufen wollte und Dubai Ports eine US-Hafenbetreiberfirma, sagten die USA ohne mit der ideologischen Freihandelswimper zu zucken „njet“. Im Güterhandel ist es nicht so sehr „China“, das mit einer aggressiven Exportstrategie die westlichen Sozialstaaten „angreift“, es sind vielmehr unsere eigenen Konzerne: Zwei Drittel der Exportzuwächse Chinas zwischen 1994 und 2003 gehen auf das Konto westlicher Konzerne, die den Standort China doppelt nützen: um Kosten zu senken und die Arbeitskräfte an den „heimischen“ Standorten unter Druck zu setzen.
5. **Standortkonkurrenz.** Freier Kapitalverkehr und „Freihandel“ lösen eine globale Konkurrenz zwischen Produktionsstandorten aus und setzen überall die Lohn-, Arbeits-, Sozial-, Steuer- und Umweltstandards unter Druck. Denn im globalen marktwirtschaftlichen Wettbewerb geht es weder um soziale Verantwortung noch um Demokratie, sondern um den höchsten finanziellen Gewinn. Die Global Players lobbyieren deshalb für niedrigere Standards und nicht für höhere. Der 2003 von der UN-Menschenrechtskommission ausgearbeitete Pflichtenkatalog für transnationale Konzerne, der einklagbare Menschenrechts-, Arbeits-, Umwelt-, Transparenz- und Antikorruptionsstandards umfasst, scheitert bis heute am konzertierten Widerstand globaler Unternehmensverbände. Als die chinesische Regierung das neue Arbeitsgesetz, das Anfang 2008 in Kraft trat, vorbereitete, starteten Lobbies und Konzerne aus den USA und der EU eine aggressive Kampagne dagegen, sie drohten mit dem Abzug von Investitionen aus China nach Vietnam, wo die Löhne noch niedriger sind. In Kambodscha werden GewerkschafterInnen, die sich für die Auszahlung des gültigen Mindestlohnes einsetzten, ermordet. 85 Prozent der asiatischen Billigarbeitskräfte sind junge Frauen, die als moderne Lohnsklavinnen das letzte Glied in der globalen Wertschöpfungskette bilden.
6. **Konzentration und ungleiche Verteilung.** Ergebnis dieser „Globalisierung“ ist wachsende Ungleichheit im „globalen Dorf“. Die bestbezahlten US-Manager erzielten 2007 ein Jahreseinkommen von 3,7 Milliarden Dollar, das ist das 290.000fache des gesetzlichen Mindestlohnes. Das Vermögen der drei reichsten Personen auf der Erde ist so groß wie das Jahreseinkommen der 600 Millionen Ärmsten. Die Gemeinde der Superreichen mit einem Reinvermögen von mehr als 30 Millionen US-Dollar („Ultra-High Net Worth Individuals“), wuchs zwischen 2004 und 2007 um 9,8% pro Jahr, die Weltbevölkerung um 1,2%. In Lateinamerika sanken in den 90er Jahren die Reallöhne um 20 – 40%. In den USA verlor der gesetzliche Mindestlohn seit 1968 40% seiner Kaufkraft. In Deutschland leben 4,4 Millionen Kinder in Hartz-IV-Haushalten. In Österreich gibt es heute doppelt so viele BezieherInnen von

Sozialhilfe wie 2000. In Tschechien sanken die Reallöhne 2007 um 1,7%, in Slowenien um 3,5%. In der chinesischen Provinz Guangdong lagen die Arbeitslöhne in den Exportfabriken 2004 nicht höher als 1993, obwohl die Wirtschaft in dieser Zeit um fast zehn Prozent pro Jahr gewachsen war. In ganz China gingen die Einkommen der ärmsten 120 Millionen Menschen zwischen 2001 und 2003 um zehn Prozent zurück. Seit 1995 steigt der Hunger weltweit an.

7. **Finanzialisierung.** Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und der Finanzmärkte ermöglicht es den globalen Kapitalbesitzern zunehmend, sich den mühsamen Umweg über die „reale Akkumulation“ – die Produktion von Gütern und Dienstleistungen – zu ersparen, um aus Geld mehr Geld machen zu können. Wuchs in den letzten Jahrzehnten der globale Handel um ein Vielfaches schneller als die Produktion, die Investitionen um ein Vielfaches schneller als der Handel und die Kapitalflüsse um ein Vielfaches schneller als die Investitionen, so entwickelten sich die derivativen Finanzprodukte jenseits aller Vorstellungskraft: 2007 waren Derivat-Kontrakte im Wert von einer halben Billion (!) US-Dollar geschlossen: das Zehnfache des Weltwirtschaftsprodukts. Aus dem Informationsvorsprung, der rasanten Konzentration und der uneingeschränkten Mobilität des Finanzkapitals ergibt sich seine enorme Macht, die ihm weitaus höhere Renditen ermöglicht als dem „real“ investierten Kapital. Finanzkapital kann blitzschnell investieren und deinvestieren, es kann Nationalstaaten als „Finanzstandorte“ gegeneinander ausspielen – wenn es an einem Standort nicht „lieb“ behandelt wird, geht es zum nächsten – und in den größten Industriekonzernen das Kommando übernehmen und inhumane Renditen erzwingen. Prominente Fonds wie Blackstone definieren „Erfolg“ ab einer jährlichen Rendite von 30 Prozent. Die Globalisierung des Finanzkapitalismus erleichtert die „Aneignung durch Enteignung“: Der Vermögenszuwachs der Reichsten geht auf Kosten Ärmere, der Allgemeinheit und zukünftiger Generationen.
8. **Zerstörung der Lebensgrundlagen.** Der innere Wachstumszwang des Kapitalismus nimmt seine natürliche Umgebung in wachsendem Maße in Anspruch, bloß: Die Natur kommt da nicht mit, sie ist nicht auf dauerhaft ansteigende Nutzung und Belastung angelegt. Eine Studie der UNO hat ergeben, dass sich zwei Drittel aller globalen Ökoindikatoren langfristig verschlechtern, zum Beispiel haben sich die globalen Feuchtgebiete seit 1950 halbiert, die globalen Fischbestände seit 1970; der Eintrag von Stickstoff hat sich seit 1950 verdoppelt, der von Phosphor verdreifacht. Ein Fünftel aller Korallenriffe sind tot, ein Drittel der Mangrovenwälder. Die Artenvernichtungsrate liegt heute 1000mal höher als vor dem Eintritt des Menschen in die Geschichte. Der „ökologische Fußabdruck“ – die Umweltinanspruchnahme – der Menschheit übersteigt bereits die verfügbare Fläche des Planeten. Wir bräuchten 1,3 Erden, um dauerhaft so viele Ressourcen wie heute aus der Natur entnehmen und so viele Schadstoffe wie heute an sie zurückgeben zu können. Der „Beitrag“ der Menschen zur Umweltbelastung, ihr „ökologischer Fußabdruck“, ist jedoch sehr unterschiedlich. Ein britisches Neugeborenes hat nach 22 Wochen bereits soviel Treibhausgase ausgestoßen wie ein Mensch in Tansania in seinem ganzen Leben. Dennoch lautet auch in den reichen Ländern das zentrale politische Ziel: weiteres Wachstum. Nicht der Lebens-, Beziehungs- oder Umweltqualität, sondern des „Kapitalstocks“. Wenn jedoch das eine ohne Maß und Ziel wächst, muss anderes weichen.
9. **Alles wird zur Ware.** Kapitalismus heißt, dass dem Vermehrungsbedürfnis des Kapitals prinzipiell moralisch und rechtlich stattgegeben wird. Je mehr Kapital jedoch entsteht, desto mehr Kapital möchte vermehrt werden. Um einer „Akkumulationskrise“ (einer fallenden Vermehrungsrate = Rendite) zu entgehen, hat das Kapital die ihm innewohnende Tendenz

der räumlichen und qualitativen Expansion. Die geoökonomische Globalisierung ist *ein* Ausdruck dieses Expansionsdrangs. Ein anderer ist die „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“: alles wird zur Ware. Auch das, was bisher noch nicht als Kauf-, sondern als Gemeinschaftsgut oder sogar Menschenrecht betrachtet wurde: Trinkwasser, Atemluft, Heilmittel, Saatgut, das menschliche Genom, soziale und öffentliche Sicherheit. Der Kapitalismus tendiert dazu jeden „nützlichen“ (oder mit künstlichem Nutzen aufgeladenen) Winkel der menschlichen Existenz, ob Gegenstand oder Beziehung, zu kommerzialisieren. „Kapital“ ist ein im Grunde abstraktes Zahlenphänomen, dessen selbstzweckhafte Vermehrung alle anderen Werte vereinnahmt, unterordnet und dadurch zerstören kann. Der „Kapitalfehler“ besteht darin, dass wir selbst die essentiellsten Werte in Geld bemessen und anstelle der eigentlichen Ziele: Lebensqualität, Beziehungsqualität, Umweltqualität, Sicherheit, Friede, Demokratie; in wachsendem Maße Zahlenziele zu erreichen versuchen – sowohl auf individueller Unternehmensebene (Gewinn) als auch auf kollektiver Volkswirtschaftsebene (BIP). Bei diesem heißen Bemühen geht der Zusammenhang zwischen den Zahlenzielen und dem, was uns eigentlich wichtig ist, verloren. Das System zieht uns in seine abstrakte und destruktive Logik.

10. **Regulierung?** Im Anbetracht der getätigten Analyse – die Globalisierung ist ein vorsätzliches Projekt der Regierungen im Interesse des Kapitals – ist es naiv, „im nachhinein“ eine „politische Regulierung“ der „ökonomischen Globalisierung“ zu fordern in der frohen Hoffnung, die schlafende Politik müsste lediglich aufgeweckt werden und ein wenig nachjustieren, damit alles wieder stimmt. Ein paar Sozialstandards hier, einige Umweltnormen da, und fertig ist die „ökosoziale Weltmarktwirtschaft“. Das wird nicht gelingen, weil in dieser Wunschvorstellung die Analyse der Ursachen, die zu der aktuellen Situation geführt haben, ausgeblendet werden: das kapitalistische Gesellschaftsverhältnis, das sich globalisiert hat. Die ökonomischen Eliten haben die Demokratie für die Durchsetzung ihrer Interessen erfolgreich instrumentalisiert. Frucht ihre Lobby-Anstrengungen ist ungerechtes, aber gültiges Völker-Recht. Eine *Gegenregulierung* „ökosozialer“ Natur müsste die herrschende Machtstruktur verändern, um Erfolg haben zu können. Die gut klingende „Wiederherstellung des Primats der Politik über die Ökonomie“ setzt die Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisses voraus – und diese wiederum die Renaissance der anästhesierten Demokratie. Wir sind in der repräsentativen Demokratie eingeschlafen und in der globalen Kapitalherrschaft aufgewacht. Die Übernahme demokratischer Verantwortung (Eigenverantwortung!) ist zeitaufwändig, mühsam und beziehungsintensiv. Doch eine Demokratie kann nur funktionieren, wenn möglichst viele Menschen sich aktiv beteiligen und einmischen: das Gegenteil des neoliberalen – verantwortungslosen, unverbundenen, materialistischen – Konsumentenmenschen. Soziale Bewegungen in aller Welt nehmen diese Verantwortung bereits wahr. Von indischen Frauen für Ernährungssouveränität über brasilianische Landlose bis hin zu neuen Bürgerrechtsbewegungen in Europa und Nordamerika. Sie sind keine Partei und streben nicht nach Profit. Sie sind tausend Gesichter einer wachsenden globalen Bewegung. Sie fordern Vorrang für solidarisches und ökologisches Wirtschaften. Sie entkoppeln „Erfolg“ von Finanzzahlenzielen. Sie entwickeln auf der ganzen Welt Alternativen für mehr Lebens-, Beziehungs- und Umweltqualität. Sie sind die Transformation des globalen Kapitalismus von innen. Sie sind die Chance für die Demokratie von morgen.